

Der Kampf gegen den Hunger und die Rolle der Gewerkschaften

Die vergangene Woche steht in dem Zeichen des wachsenden Abwehrwillens der Betriebsarbeiter. In Deutschland sind eine ganze Reihe von Betrieben in den Abwehrstreik getreten, trotzdem die Gewerkschaftsführer den Arbeitern vorreden wollen, daß in Zeiten der Krise Streiks zwecklos sind. So sind anlässlich der Abwehr gegen die Auswirkungen der letzten Papier-Notverordnung in Berlin die Betriebe Spinnstofffabrik Zehlendorf, Daimler, Montania, Bauhilfs-Backwerk, bei Lichtenfeld und Freytag, Lakomayer, Großtrahm und Hortensen in einen „bestrittenen Proteststreik“ eingetreten. Außerdem fanden in den Betrieben Promms Akt, Löwen-Blödmisch, Glaswerk Lichtenberg, Schultheiß Spandau, eine Reihe Möbelfabrik-Depots, Abteilungen der AEG-Fabrik und des Vieh- und Schlachthofes „Protestversammlungen“ statt.

Bei Stock in Marienfelde bei Berlin trat der Maschinenbau- und die Spezialherstellung in passive Resistenz. Die Direktion zog den Lohnabbau nach während der Streikabstimmung zurück. So könnte die Liste der Streik-Betriebe verlängert werden, leider macht dies der Rummangel unmöglich. Aber nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich verstärkte sich der Wille des Kampfes der Arbeiter von Tag zu Tag. So in Sachsen die Textil-Arbeiter, wo der Lohnabbau erfolgreich abgewehrt wurde.

In Weifenfeld streikten 1000 Schuhmacher. Trotzdem die Unternehmer mit einer einstweiligen Verfügung des Amtsgerichts arbeiteten, wurde der Streik geschlossen fortgesetzt. Ein Unternehmer hat den Lohnabbau zurückgenommen. Auch an der Wasserkante stehen die Arbeiter im Streik. So in der Papierfabrik Fuchs-Hamburg, Asphaltwerk Hamburg-Hamm, Jute-Fabrik Billstedt, Lederwerk Hallenstein i. Co. Bei einzelnen Betrieben geniesste die Streikandrohung, um den Lohnabbau zurückzunehmen.

Ein typisches Streikbild lieferte der Streik beim Scher-Verlag, Berlin. Hier streikten die Packler und das Hilfspersonal. Während sich die Drucker dieser Bewegung anschlossen und die Buchbinder ankamen, blieben die Maschinensetzer an der Arbeit. Dadurch war es möglich, die Zeitung in einem anderen Betrieb drucken zu lassen. Auch die Boteffanten schlossen sich dieser Bewegung nicht an.

Am 1. Oktober streikten auch die Möbeltransportarbeiter, so daß es in verschiedenen Berliner Stadtteilen zwischen den Streikenden mit denen sich viele Erwerbslose solidarisch erklärten und den Streikbrechern zu Reibereien kam.

Die Rolle der Gewerkschaften

In Deutschland wird von Seiten der Kapitalisten die Not verordnet. Die Arbeiterklasse hat auf diese Verordnungen wenig oder gar nicht reagiert. Sie hat bei allen diesen Dingen, die sich in der letzten Zeit ereigneten, von Ministerium Severeings bis zum letzten Buchstaben der Notverordnung, 4. September, abwartend bei Seite gestanden und auf das Einwirken großer „Massen-Organisationen“ gehofft. Das ist alles vergebens gewesen. Mit unerbittlicher Energie geht die Bourgeoisie dazu über, auch das letzte Stückchen Brot noch zu teilen, damit die „erwerbslosen Brüder“, auf Kosten der noch Arbeitenden „sat“ gemacht werden können. Daß dies nicht so ohne weiteres gelingt, und daß in der deutschen Arbeiterklasse noch nicht alles proletarische Solidaritätseffektiv in der Hande gegangen ist, beweisen die einzelnen Streiks, die in der letzten Woche in Deutschland ausbrachen.

Zur Verstärkung dieser Aktionen ist es notwendig, daß diese Streiks nicht in dem Abwehr-Kampfen, in dem sie augenblicklich stecken, versanden, sondern sie müssen über diesen Rahmen hinausgetrieben werden.

Daß die Bourgeoisie diese von der Arbeiterklasse zu bewerkstelligende Verschärfung nicht so sanft und klanglos hinnehmen wird, zeigt der Streik der Weifenfelder Schul-Industrie. Hier ist die herrschende Klasse dazu übergegangen, mit Hilfe der Justiz diese Verschärfung abzuwehren. Wie immer in solchen Fällen finden sich auch die Heilsbringer der Bourgeoisie ein. Trotzdem sie vor einigen Wochen von Seiten dieser Notverordnung-Regierung einen andrängenden Trit in den Hintern bekommen haben, sitzen die Vertreter der Gewerkschaften mit der Regierung am Verhandlungstisch und beraten darüber, wie man diese Streikwelle auf Kosten der Arbeiter und Arbeitslosen beseitigen kann, um den Herren von Schlott und Korn zu ihrem „Recht“ zu verhelfen.

Wie ernst die Regierung diese Streiks auffaßt, das geht aus einer Rede des Arbeitsministers Schäfers hervor. Nachdem

sich der Herr „Arbeitslosen-Minister“ gegen die Meldungen der Streiks wehrt und der Presse die Anweisung gibt, diese Meldungen abzumägen, erinnert er die Gewerkschaften an ihre Aufgabe, indem er sagt:

„Es scheint mir zunächst Aufgabe der Gewerkschaften zu sein, die Streikmeldungen auf ihren wahren Sachverhalt zu prüfen und dann sofort das zu veranlassen, was die tarifvertragliche Friedenspflicht von ihnen verlangt.“ Denn es ist ganz zweifellos, daß die Zahlung des vom Arbeitgeber auf Grund der Verordnung gekürzten Lohnbetrages als eine volle Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen anzusehen ist. Auf die unmittelbaren Folgen der Verletzung der Friedenspflicht hinzuweisen erübrigt sich; jede Gewerkschaft und jeder Arbeiter weiß das: — wie es scheint, seien aber manche noch nicht ein, daß wenn die Friedenspflicht verneint oder hartnäckig verletzt wird — der Bezirk des Tarifvertrages gefährdet und die Stellung der Gewerkschaften erschüttert wird. — Für den Winter hat die Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ins Auge gefaßt, weil sie davon ausgeht, daß auf Grund des Wirtschaftplanes die Arbeitslosenrate sinkt (222 der Red.). Es kommt jetzt zum guten Teil auf die Haltung der Gewerkschaften und der Arbeiter an, ob diese natürliche Voraussetzung eintreten kann, oder alle Fälle hält die Reichsregierung ihrem Wirtschaftspläne an der Verordnung fest.“

Nach allen Erfahrungen, die die Arbeiter mit ihren sogenannten „Massen-Organisationen“ gemacht haben, können sie sicher sein, daß sie die Interessen der herrschenden Klasse wahrnehmen werden. Sie werden anstatt die jetzt öfter ausbrechenden Kämpfe vorwärts zu treiben und zu verbreiten, sie lokalisieren. Sie werden auf ihr „Verantwortungsgefühl“ gegenüber der „deutschen Wirtschaft“ pochen, wenn die Belegschaften von ihnen die Sanktionierung irgendwelcher Kämpfe verlangen. Welche Rolle ihnen die Regierung zuevidet hat, das geht aus dem Jahresplan der Regierung hervor: in dem es heißt:

„Während der Wintermonate soll sich die Ankurbelung (?) der Wirtschaft auswirken (wer lacht da?) von der der Reichskanzler in seinen Erklärungen die Einstellung von mindestens 12 Millionen Erwerbslosen erwartet. Die Jugendlichen Arbeitslosen werden in dieser Zeit die Pläne für den Ausbau des Arbeitsdienstes aufgestellt werden. Damit berührt man schon einen weiteren überaus wichtigen Punkt in dem Regierungsprogramm: die Einschaltung der Gewerkschaften in die sozialpolitische Arbeit. Die Gewerkschaften sollen bei der Organisation des Arbeitsdienstes mitwirken, damit von vornherein die jetzt bestehende Mühsal zerstört werden kann. Die Voraussetzungen dafür und für weitere Aufgaben der Gewerkschaften, die jetzt noch der Staat übersieht, wäre das Verschwinden gewisser Konkurrenzengungen unter den einzelnen Wirtschaftszweigen und ein angestrebtes berufsständisches an Stelle des jetzigen politischen (?) Aufbaus der Gewerkschaftsorganisationen. Unter solchen Voraussetzungen könnten die Gewerkschaften amtliche Aufgaben sowohl in der Arbeitsbeschaffung als auch in der Regulierung und Verwaltung der Sozialleistungen erhalten, so daß ein jetzt auf das Gebiet der Tarifpolitik beschränkter Aufgabenkreis eine Änderung erfahren würde. Zuzüglich könnten sich damit ein Unterbau für ein berufsständisches Wirtschaftsorgan an Stelle des jetzigen Reichswirtschaftsrates abgeben.“

Wenn die Bonzen dieser oben zitierten Organisationen augenblicklich gegen diese Außenwelt durch Herrn Papen Zeter und Mordio schreien, so wissen wir, daß sie auf dem Sprünge stehen, den „Retter“ für den untergehenden Kapitalismus zu spielen. Und die ihnen oben zuevidete Rolle liegt ganz auf der Linie ihrer Entwicklung.

Wenn aber die Arbeiter in Deutschland auf diese Organisationen hoffen, so können sie diese Hoffnungen schon jetzt ruhig besparen.

Die Arbeiter können die Aufgaben, die von der Geschichte gestellt werden, nur lösen, indem sie selbst ihre Kämpfe organisieren und durchführen. Die Streiks, die augenblicklich stattfinden, sind erste Konsequenzen des Klassenkampfes proletarisch. Das ist der einzige Weg, um die Bourgeoisie zum Schritt das Gras des Kapitalismus zertrampeln zu lassen.

Nur in zusammengefaßten außerparlamentarischen Massenaktionen, den Streiks der Betriebsarbeiter, den Solidaritätsaktionen, den Hunger- und Hungerstreiks, den Kampfen der Abwehrkämpfe, können die Arbeiter über den Kapitalismus den Sieg davontragen.

Notiz der Woche

Was geht im Fernen Osten vor?

Die Presse meldet, beständig durch sowjetrussische Meldungen, den Abschluß eines großen Oelleverungsvertrages zwischen der Sowjetunion und Japan. Gleichzeitig wurden Verhandlungen anbehang zwischen Japan und Rußland über die Anerkennung des neuen Mandchustates und die Aufteilung der russisch-japanischen Einflußsphären in der Mandchurei. Mitte September wurde außerdem zwischen Japan und Rußland ein Fischereieinkommen abgeschlossen, das die nördlichen Fischgründe gleichmäßig aufteilt.

Der erfolgreiche Abschluß dieser Verhandlungen gibt dem japanischen Imperialismus freien Spielraum im Fernen Osten. Die russischen Oelleverungen gehen restlos an die japanische Kriegsflotte und machen sie unabhängig vom amerikanischen Kapital, was bisher Oelleverant für Japan war.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Unterzeichnung des russisch-französischen Nichtangriffspaktes nahe bevorsteht. Bekanntlich wurde schon im vorigen Jahr der paragrafisierte Vertrag veröffentlicht. Im Zusammenhang damit wurde ebenfalls ein russisch-französisches Oelabkommen abgeschlossen, was Rußland zum ersten Oelleveranten Frankreichs macht.

Die russisch-rumänischen Nichtangriffsverhandlungen werden vorbereitet, alle Schwierigkeiten in der belgarischen Frage sind so gut wie beseitigt.

Von einer Antisowjetfront ist in diesen Meinungen wenig zu merken. Aus diesem Grunde müssen die Meldungen aus dem Fernen Osten von der Arbeiterschaft genau verfolgt werden. Wir werden in der nächsten Nummer näher auf diese Dinge zurückkommen.

Streik der holländischen Seeleute „siegreich“ beendet.

(HND.) Der Streik der holländischen Seeleute endete mit einem Scheitern. Die Taktik der Gewerkschaft des Berufsgruppenkampfes, obwohl sämtliche Löhne und die Unterstützung angesetzt sind, konnte den gewünschten Erfolge nicht erzielen. Nur die „Linke Arbeiter Opposition“ und die Gruppe von „Internationalen Communisten“ traten für einen allgemeinen Streik ein. Wenn auch ihre Propaganda diesmal nicht den genügenden Erfolg zeitigte, so wächst doch die Erkenntnis, daß in Zukunft eine andere Taktik Platz greifen muß.

Wenn auch der Streik im allgemeinen (hat verlor, so ist doch die Haltung der Mannschaft des Dampfers „Rotterdam“ beachtenswert. Der Dampfer wollte seine Reise Amerika-Holland unterbrechen und wieder Kurs nach Amerika nehmen, nachdem er seine Passagiere in Boulogne Frankreich ausgeschifft hatte. Die Mannschaft forderte Holland anzusteuern und nachdem dies nicht zerschlug, taubte sie die Feuer und verweigerte den Dienst. Weder Drohungen noch gute Worte oder sogar Bier halfen nicht; die Mannschaft blieb bei ihrem Beschluß. Die Regierung sandte ein Schiff mit bewaffneten Marinesoldaten; auch dies war zwecklos, der „Rotterdam“ mußte Holland ansteuern.

Dieser Fall zeigt, wenn auch nur als ganz kleiner Anhaltspunkt, daß die Arbeiter in gewissen Dingen das Proletariat fähig ist, ohne Bonzen, ohne ROO, nur durch revolutionäre Einheit, durch Selbstaktivität der Arbeiter.

Unter dem Brennglas

KDD blaut Zeitungsköpfe

Nach Lenin soll die Lüge eines der Kampfmittel der Bolschewisten sein. Dagegen haben wir im Prinzip nichts einzuwenden, solange der Klassengegner beschwichtigt wird und nicht die Proleten. Neuerdings jedoch hat sich die KPD auch noch auf Klauen verlegt. Im bürgerlichen „Rechtsstaat“ bringt das je nach dem Grad der Handlung, Gefährnis oder Zuchtswas ein; in sogenannten „Vaterland der Arbeiter“ wird man oftmals deshalb erschossen. Die KPD-Leitung kann zufrieden sein, daß wir noch in bürgerlichen „Rechtsstaat“ leben, und daß die Unionisten es in bestimmten Fällen ablehnen, diesen „Rechtsstaat“ in Anspruch zu nehmen.

Die KPD hat nämlich den Kopf des „Kampfruf“ geklaut! Nicht etwa den Namen, nein, sie gibt sich zum Ziel die Forderung für alle Unterstützungsmittel heraus und verwendet dabei fast denselben Zeitungskopf, wie ihn der „Kampfruf“ noch vor einigen Monaten trug.

Es wird nach rückwärts angehurbelt.

Der nationalkonzentrierte Rundfunk bringt jetzt fast täglich Meldungen über Arbeiterereignissen auf Grund des Wirtschaftsplans der Reichsregierung vom 4. September.

Wie ist es nun mit der Wirtschaftsbelebung? Lassen wir einige Tatsachen sprechen:

Die Arbeitslosigkeit war am 15. September mit 5.261.000 um 48.000 höher als Ende August. Die Laxe des Arbeitsmarktes ist aber noch viel katastrophaler, als die amtliche Statistik ausweist. Das bürgerliche Institut für Konjunkturforschung verpflichtet soeben eine Untersuchung über den Umfang der „unsichtbaren“ Arbeitslosigkeit. Danach gab es im dritten Vierteljahr 1932 rund 7.160.000 Erwerbslose gegenüber 5.250.000 vor Jahresfrist!

Und nun weiter zur Wirtschaftsankurbelung:

Bayern hat in der Zeit vom 5. bis 27. September 1932 1490 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung gemeldet. Gleichzeitig gibt aber die Reichsbahn bekannt, daß von den 52.000 gekündigten Arbeitern 30.000 auf Zeit weiterbeschäftigt und die übrigen 22.000 entlassen werden.

Weiter: Nach Mitteilung des Schleifers vom Bezirk Berlin-Brandenburg wurden vom 5. bis 26. September 1932 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vorgenommen. Andererseits werden aber die Massenentlassungen lustig fortgesetzt. So hat die AEG Mitte September wieder 600 Angestellten gekündigt, ebenso ist weiterer Arbeiterabbau geplant. Die AEG-Direktion hat im letzten Jahre die Angestelltenzahl von 10.000 auf 9000.

Die Großbankenentlassungen sind ebenfalls nicht weniger schlimm. Nach Mitteilung des Schleifers vom Bezirk Berlin-Brandenburg wurden vom 5. bis 26. September 1932 1906 Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung vorgenommen. Andererseits werden aber die Massenentlassungen lustig fortgesetzt. So hat die AEG Mitte September wieder 600 Angestellten gekündigt, ebenso ist weiterer Arbeiterabbau geplant. Die AEG-Direktion hat im letzten Jahre die Angestelltenzahl von 10.000 auf 9000.

Die Neueinstellungen sind außerdem größtenteils gar nicht eine Auswirkung des Wirtschaftsplans der Regierung. Es handelt sich meistens um Saisonfirmen, die in jedem Herbst für das Weihnachtsgeschäft Arbeiter einstellen, wie z. B. Textilverwerke und Genußmittelindustrie.

Ein weiteres Fränkstück der Wirtschaftsbelebung ist die neue AERAP-Programme. Hier soll durch Kontingenzierung die Einfuhr folgender Produkte vermindert werden: Schokolade, Erdbeeren, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Gerste, wichtige Obstsorten und Holz. Das wird zu Steigen der landwirtschaftlichen Inlandspreise sowie einen Beschäftigungsrückgang in der Transportindustrie zur Folge haben. Noch wichtiger aber ist die außenpolitische Wirkung. Denn die von der Kontingenzierung betroffenen Länder — Südamerika, Italien, Holland, Dänemark und Rußland — werden natürlich ihrerseits die Einfuhr deutscher Industriegüter beschränken. Deutschlands Fertigwarenausfuhr, von der 8 bis 9 Millionen leben, wird dadurch einen empfindlichen Schlag erhalten. So wird die Durchführung des deutschen AERAP-Programms eine krisenverschärfende Exportdrosselung bringen.

Die Tatsachen illustrieren deutlich, wie die kapitalistische Wirtschaft nach — rückwärts angehurbelt wird, so daß die Karren immer tiefer in den Dreck gerät!

So sieht die Ankurbelung der Wirtschaft aus!

Von der BO-Feblich A-G., Tempelhof, Berlin-Treptow wird uns berichtet, daß die Firma eine ganze Abteilung auf Böcker bisher können 15 Arbeiter zur Entlassung. Die Feblich A-G. läßt die Belegschaft schon seit Jahren nur drei Tage arbeiten und liefern die neuerlichen Entlassungen eine treffende Illustration zu Papens Ankurbelungsbestrebungen.

So sah unser Zeitungskopf aus:

DER KAMPFRUF

Und so hat ihn die KPD umgedreht für ihre Wald- und Wiesenagitation:

DER KAMPFRUF

Nun Klassengenossen bildet euer Urteil selbst! Wir hängen diese schlimmer Klauerer hiermit entsprechend niedriger.

Litwinow der Friedensengel

Wir hatten schon des öfteren Gelegenheit, die sonderbare Rolle der Sowjetdelegation bei der Abrüstungskonferenz zu bewundern. Es zeigte sich nämlich, daß der Herr Litwinow als Schrittmacher der deutschen Abrüstungspläne in Erscheinung trat, indem er die militärische Gleichberechtigung Deutschlands forderte.

Wie war es doch, die KPD-Presse erklärt doch immer, daß Deutschland an der Antisowjetfront steht und nun mit einem Mal fordert Litwinow die Gleichberechtigung Deutschlands! Da stimmt doch etwas nicht.

„Klassenkampfmethoden“ der KPD

Wie im ganzen Reich, so verstannten die „rr-Partei kommunisten“ auch in Bochum sogenannte „Volksfeste“ in Grünen. Durch wochenlange Propaganda für derartige „revolutionäre“ Notwendigkeiten werden die Besucher insonderem zum Kauf von Biermarken aufgefordert. Im Wasser findet diese „Volksfest“ in großen Sälen statt, wo hauptsächlich „revolutionäre Tänze“ eingeprägt werden. So geht das so ca. 13 Jahren jahraus, jahrein — damit die Proleten länger als sicher daran gewöhnt werden. Nebenbei vergehen sie durch den Hunger und die eigene Not nicht allem Klassenkampf. Damit erfüllt die KPD die ihr zugewiesene historische Mission.

Herausgeber u. für den Inhalt verantwortlich: F. Parlow, Berlin-Druckerei I. Arbeiter-Literatur, W. Isadomat, Berlin, Lange Str.

Aus dem Inhalt:

Parlamentarismus und KPD

Arbeitsdienst droht!

Aufgaben der KAU

Was geht i. d. Sowjetunion vor?

Linkswendung der 2. Internat.

Aus der Praxis der Einheitsfrontbewegung

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-UNION

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

13. Jahr. Nr. 18 Oktober 1932 Preis 10 Pfg.

Es geht um den Kommunismus

„Große Männer machen ...“ Vorwärts zum Massenkampf!

Die Papenrede in München

„Was man an diesem Programm in einzelnen auch kritisch aussetzen haben mag, es hat jedenfalls der Wirtschaft bereits jetzt, in den ersten drei Wochen seiner Laufzeit, eine fühlbare psychologische, materielle Entspannung gebracht. Es hat Arbeit und Brot geschaffen.“

Herr von Papen hat schon wieder mal eine Rede gehalten und zwar nach der Art der „großen Männer, die die Geschichte machen“, mit viel Pathos, im üblichen aber solchen „dramatischen Maßnahmen“ das erreichen, was nicht durch Reden erreicht werden kann. Und man muß schon sagen, Herr von Papen hat Unendlich, mehr Unendlich eigentlich als er verdient. Meistens taucht nach seinen Reden irgend ein Zaungast der Weltgeschichte auf, der mit schrillen Tönen in das schöne Wortgebäude hineinplatzt. Ausgesprochen nach den oben zitierten skurrilsten Worten kommen Meldungen aus dem Ruhrgebiet über die wirtschaftliche Lage der Ruhrstädte, die einfach mehr als katastrophal sind. In Wattenscheid werden seit zwei Wochen keine Wohlfahrtsunterstützungen mehr gezahlt! In Duisburg-Hamborn werden die Gehälter nur noch auf Stotteln bezahlt. In den 14 Großstädten des Ruhrgebiets leben mehr als ein Drittel der Einwohner von öffentlicher Fürsorge. Seit dem Sommer 1927 hat sich die Zahl der Wohlfahrtsverweilenden vervierzigfacht. Bei einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als drei Millionen Menschen betrug das Kassendefizit dieser 14 Ruhrstädte für das Jahr 1931 weit über 200 Millionen Mark. Gegenüber dem Jahre 1931 hat sich aber die Zahl der Fürsorgeunterstützten annähernd verdoppelt. Und nun kann sich jeder an fünf Fingern abzählen, wann der Zeitpunkt eintritt, wo diese Ruhrstädte pleite sind und kein Geld mehr auszahlen können, weder an die Fürsorgeempfänger noch an die Angestellten.

Aber wer glaubt denn etwa, daß nur die Ruhrstädte vor der Pleite stehen. Wie waren denn die Erklärungen auf dem deutschen Städtetag, wo alle deutschen Kommunen vertreten waren? Hat man nicht durchwegs erklärt, daß alle Kommunen vor der Pleite stehen, und hat man nicht eine großzügige Reichshilfe für alle Kommunen verlangt? Tatsache ist, daß man die Verhältnisse des Ruhrgebiets auf alle Städte übertragen kann. Eine momentane Hilfe konnten sich die Kommunen nur dadurch schaffen, daß sie die Sätze für die Wohlfahrtsunterstützungen ganz gewaltig herabsetzten. In den Provinzstädten wurden Unterstützungssätze von wöchentlich 3 bis 10 Mk. für Ledige und Verheiratete gezahlt. Und damit diese Proleten nicht rebellieren, hat man Freiküchen geschaffen, die gelinde gesagt, meistens einen Saufzug für billiges Geld liefern und in denen sich diese Proleten beköstigen können.

Im übrigen versuchen die Gemeinden durch die Erhöhung der Negersteuer ihr Defizit etwas zu decken. Eine Erhöhung der Birgersteuer um das 5-10fache ist dabei gar keine Seltenheit.

In Götting, wo ein nationalsozialistischer Oberbürgermeister amtiert, ist die von den Nazis so viel bekämpfte Negersteuer auf das zwanzigfache des Grundbetrages festgesetzt worden.

Man stelle sich diese katastrophalen Verhältnisse vor und führe sich vor Augen, daß Herr von Papen in seiner Rede erklärte, die Reichsregierung habe die Absicht im Laufe des Winters die Unterstützungssätze zu erhöhen, weil im Laufe der nächsten Monate ein Steigen der Beschäftigtenzahlen zu erwarten sei. Formell sind ja auch bei der letzten Zahlung 163.000 Erwerbslose weniger gewesen. Giebt man den Ungeheuren, die die Ziffer der im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten um etwa 60.000 auf 200.000 zu erhöhen. Die Entlastung des Arbeitsmarktes ist also zu einem bestimmten Teil auf die Mehrbeschäftigung im Arbeitsdienst zurückzuführen, und daß das eine



ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-UNION
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)
13. Jahr. Nr. 18 Oktober 1932 Preis 10 Pfg.

Es geht um den Kommunismus

„Große Männer machen ...“ Vorwärts zum Massenkampf!

Ein neuer Wahlrumpf ist angekebult. Zum fünften Male soll hier in diesem Jahre wählen.

Der erst Ende Juli gewählte Reichstag ist bereits in seiner zweiten Sitzung wieder aufgelöst worden. Er hat war mit der riesigen Mehrheit von 512 zu 42 Stimmen die Hungerverordnung vom 4. September aufgehoben und dem Kabinett Papen das Mißtrauen ausgesprochen, — aber Regierung und Reichspräsident pleiten einfach auf diese Beschlüsse!

So hat der 12. September den Bankrott des Parlamentarismus besiegelt und damit auch den Bankrott der Demokratie!

Der Gang zum Wahllokal ist das einzige, was von den politischen Errungenschaften des November 18 übrig geblieben ist.

Nicht das „Volk“, nicht die Millionenarmee der Besitzlosen herrscht in dieser Republik, sondern die Kapitalistenklasse, die Besitzer der Wirtschaft! Die Tatsachen beweisen es:

Hat man auch etwa gefragt, ob die Notverordnung mit Hilfe des Diktaturparagraphen 48 durchgeführt werden sollte? Nein!

Hat man auch etwa gefragt, als Hitlers Notverordnungsbanden losgelassen und Sondergerichte zu eurer Niederhaltung eingesetzt wurden? Nein!

Oder hat man auch etwa gefragt, als den Industriefürsten und Junkern neue Milliardengchenke bewilligt und weitere Lohnsenkungen durch Papens Wirtschaftsplan verfügt wurden? Nein und nochmals nein!

Die Kapitalistenklasse diktiert

Ausplünderung und Unterdrückung des Proletariats und keine „Volksvertretung“, kein „roter Wahltag“ kann sie daran hindern! Die Ausbeuterklasse vom Geburts- und Geldstand herrscht eben auch politisch, weil sie die wirtschaftliche Macht besitzt, — und deshalb ist die bürgerliche Demokratie nur Massenbetrug! Denn:

Solange die Kapitalistenklasse Herr über die Produktionsmittel, Herr über Fabriken und Bodenschätze ist, solange wird ihre Staatsgewalt auch eine parlamentarische Arbeitermehrheit zerbrechend!

Kein Parlamentsbeschluß wird wie bisher auch künftig jemals die Klassenlage der Arbeiterschaft grundlegend verbessern, solange noch die Bourgeoisie die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt und damit auch den staatspolitischen Machtapparat beherrscht.

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Proletariat! Der parlamentarische Weg sollte auch nach den Prohezeungen der Sozialdemokratie die Bahn frei machen zum Sieg des Sozialismus. Nach dreizehn Jahren hat hier heute die Resultate vor euch: **Hochzüchtung des Faschismus, katastrophaler Zusammenbruch der Wirtschaft, über sieben Millionen Arbeitslose, weiteres Ansteigen des Massenelends, stetiger Marsch in die Barbarei** — das ist die kapitalistische Demokratie ohne schwarzwitzgoldene Maske und ohne „bracht“ vollen Zwickel!

Diese ungeheuerlichen Tatsachen beweisen eindeutig genug die Untauglichkeit des Parlamentarismus als Waffe der Arbeiterschaft.

Nicht mit dem Stimmzettel, sondern nur mit dem Schwert des revolutionären Machtkampfes kann die Bourgeoisie geschlagen werden!

Die große Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus kann nur außerparlamentarisch fallen im direkten Kampf der proletarischen gegen die bürgerliche Klasse.

Revolutionäres Selbsthandeln, d. h. gemeinsamer Kampf der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter unter selbstgewählter Aktionsführung gegen Hungerdiktatur und Narfascismus — dies ist heute das Gebot der Stunde! Die parlamentarische Führerpolitik ist bankrott. — Jetzt muß sich die Arbeiterklasse zur Massenaktion fertig machen!

Proletariat! Wir sagen euch deshalb zur Reichstagswahl: Laßt euch nicht abmalen durch den Wahlrumpf von euren eigentlichen Aufgaben ablenken. Ihr müßt euch entscheiden:

Für die Unterwerfung vor der kapitalistischen Schwindeldemokratie — oder für den revolutionären Kampf gegen das gesamte System des Kapitalismus!

Für parlamentarische Illusionspolitik und Passivität — oder für proletarische Massenpolitik und Aktivität!

Die Entscheidung kann nur lauten:

Schluß mit dem Wahlbetrug der Demokratie des Massenelends!

Bojkottiert die Reichstagswahlen!

Sprenget die reformistischen Fesseln!

Vereint euch zur Klassenfront!

Vorwärts zum Massenkampf!

Es geht um den Kommunismus!

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

Entlastung des Arbeitsmarktes darstellt, kann höchstens nur ein Narr glauben. Darüber hinaus weisen die Zahlen der unterstützten Erwerbslosen aus, daß wieder mal einige Zehntausende aus dem Beszug jeglicher Unterstützung ausgesetzt worden sind. Daß diese dann auch auf die Stempelpleiten verzichten ist ebenso verständlich. Weiter muß berücksichtigt werden, daß saisonmäßig durch das beginnende Weihnachtsgeschäft eine Neueinstellung erfolgen und der traurige Rest, der dann noch übrig bleibt, ist auf Grund des Papenplans eingestellt worden.

Zuschneidend ist hierbei noch, daß die Arbeitsämter wenig von der Entlastung des Arbeitsmarktes merken. So beschwert sich das Arbeitsamt Berlin-Brandenburg darüber, daß die Arbeiter bei fast gar nicht die Arbeitsämter bei Neueinstellungen berücksichtigen. So sind im Bezirk Berlin-Brandenburg, wo über eine Million Erwerbslose registriert worden sind, auf Grund des Papenplans nach Erklärung des Arbeitsamtes Anfang Oktober 1651 Neueinstellungen vorgenommen. Die Sache mit den Neueinstellungen ist also weiter nichts, als ein Rosen-

einigung der tschechischen KPO mit der Sozialdemokratie, in Deutschland sind ja bekanntlich große Teile der KPO (Brandler) zur SAP übergetreten.

Siegreicher Kampf gegen Lohnabbau in der Berliner sowjetrischen Handelsvertretung

Wie aus von in der Handelsvertretung bekannten Genossen mitgeteilt wird, sollte in der Vorwoche bei den Reinemachern 25 Prozent Lohnabbau und die Entlassung von ein Viertel der dort beschäftigten Frauen vorgenommen werden. Der Betriebsrat Leo Beutling sollte den Frauen in der Betriebsversammlung den Lohnabbau schmackhaft machen. Die Antwort der Frauen war ein einmütiger Streikbeschluss. Nun wurde von Beutling um Hilfe gerufen und Creutzburg erschien auf dem Plan, konnte aber auch nichts ändern. Auf den Hinweis Creutzburgs, sie müßten dieses Opfer im Interesse des Fünfjahresplans bringen, der sehr gefährdet sei, reagierten sie ebenfalls nicht. Im Gegenteil, sie stellten der Handelsvertretung eine Stunde Frist, den Lohnabbau und die angekündigten Entlassungen rückgängig zu machen, widrigenfalls sie in den Streik treten würden. Das zog, die vorgelagerten Reverse wurden zurückgenommen, es stellte sich aber in der Zwischenzeit heraus, daß fünf oder sechs Frauen — Parteimitglieder — bereits unterschrieben hatten, faktisch also Streikbrecher geworden wären.

Lohnabbau im Interesse des Fünfjahresplans. Hungerlöhne für die arbeitenden Massen, Litwinov diniert mit Papen an einem Tisch, und in Leninrad will man für sechs Millionen Rubel ein 140 Meter hohes Lenin-Denkmal bauen. Und das alles nennt sich Aufbau des Sozialismus!

Wer lacht da???!

Kriegsoperierung verboten

Der Verbotsmaschinerie zum Opfer gefallen ist auch die Monatszeitung des Allgemeinen Verbandes der Krieger- und Arbeitsopfer Deutschlands. Sechs Monate Verbot werden als erforderlich angesehen, um das Eintreten für die wolverwundenen Rechte der Krieger- und Arbeitsopfer und das Aufweichen der Gefahr eines neuen Völkermordes zu sühnen.

Betriebsversammlung verboten

Eine am Dienstag, den 18. Oktober 1932 tagende Betriebsversammlung der Berliner Bühnenarbeiter, die sich mit der Lohnbewegung an den Berliner Bühnen beschäftigten sollte, ist von der Berliner Polizei wegen „Gefährdung der öffentlichen

Sicherheit“ und Verstoß gegen die Notverordnung verboten worden. Ein Zeichen der Zeit, selbst Betriebsversammlungen werden verboten. Hoffentlich wird bald das Luftlöcher durch Notverordnung verboten, dann herrscht wirklich Kirchturmsruhe in Deutschland.

Die Streikwelle

Wir haben in der letzten Nummer des „Kampfruf“ zur Streikwelle im Artikel: „Der Kampf wegen den Hunger“ Stellung genommen. Trotzdem konnten wir nicht alle Kämpfe würdigen, die sich in den letzten Wochen abspielten. Wir werden also nochmals die Dinge in den Vordergrund rücken, die vor allem in die Augen sprangen.

Ein wesentlicher Kampf war der Hamburger Verkehrsarbeiter-Streik. In diesem Kampfe zeigte es sich, daß trotz aller radikalen Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in diesem Kampfe einzriffen, durch ihren Kollegen, der augenblicklich den Polizeigewaltigen spielt, die technische Hilfe auf der Walddörfer-Bahn eingesetzt wurde. Trotzdem die Streikfront eine geschlossene war, kapitalisierte die Gewerkschaftsbürokratie vor dem Schiedsspruch, den der von Papen eingesetzte Schlichter fällt.

Gerade der Hamburger Verkehrsarbeiter-Streik ist ein Beweis mehr in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, daß sich die Arbeiter auf ihre Kampforganisationen samt ihrer Berufsbehörde nicht verlassen dürfen und nur auf ihre Klassenkraft vertrauen können.

Die Streikwelle ging weiter durch ganz Deutschland. So streikten in Dresden die Arbeiter der Gardinenfabrik Dolritz. Im Hilde-Werk, Dresden-Reik, sollte am 5. 10. der Lohnabbau durchgeführt und die 40 Stundenwoche auf 50 Pro. Lohnabbau für die 31. bis 40. Stunde eingeleitet werden. Nachdem alle Verhandlungen scheiterten, wurde der Streik mit 448 gegen 6 Stimmen beschlossen. Nach Rücksprache der Betriebsleitung mit der Direktion in Görlitz wurde der Lohnabbau nicht durchgeführt und man ließ die 40 Stundenwoche fallen.

In Leipzig sind die Buchbinder und graphischen Arbeiter in Bewegung. Ebenso die graphischen Hilfsarbeiter in Berlin. Auch in der Provinz Brandenburg stehen in verschiedenen Orten und den verschiedensten Betrieben die Arbeiter im Arbeitskampf gegen die Papen-Notverordnung. So in Spremberg wo die Arbeiter von 2 Textilfabriken 1 Tag streikten.

Außerdem in Forst N.-L., wo in den letzten Wochen 5 Betriebe betroffen wurden. In den einzelnen Betrieben in Forst werden miserable Löhne gezahlt. Die Lohndifferenz beweist sich zwischen 5—12 Mark.

In Kottbus streikten die Arbeiter der Buchdruckerei Enke gegen Lohnabbau. Hier war zu verzeichnen, daß die Polizei gegen die Sammlungen der IAH einschritt. Ein Genosse der IAH, der ein IAH-Flugblatt unterzeichnete, in dem die be-

Genossen, sammelt für den Pressefonds

sammlung, daß die „betriebsfremden Elemente“ den Saal zu verlassen haben. Die Beschäftigten blieben anders! Nun setzte der Terror derjenigen Leute ein, die jeden Satz, den sie schreiben, mit den 3 Pfeilen, dem sog. „Sinnbild der Freiheit“ schmücken.

Die unangeheure Geschäftsordnungsdebatte ergab sich, trotzdem der Sprecher der Delegation in ruhiger und sachlicher Weise den Beweggrund zum Erscheinen darlegte, wurden sie erst sich gegenseitig anzuheulen! Sie dürften sich dabei nicht die Bettler vor der Tür zu stellen, den Saal zu verlassen.

An diesem Beispiel ist zu sehen, daß sich die Arbeiter belächeln müssen, um zur wirklichen Einheitsfront zu kommen, erst sich gegenseitig anzuhäufeln! Sie dürfen sich dabei nicht von irgend welchem Berufsöklen leiten lassen. Sogar ein Berufsöklen, der von dem Einheitsausschuß eines anderen Brauereibetriebes entsandt war, wurde aus dem Saal gewiesen, ohne anzuhören, was er überhaupt wollte.

Wir aber sagen hier den Arbeitern von Engehards: Wacht endlich auf und erkennt, wo die wahre Spalter der Arbeitersitz sitzen: In den Berufsorganisationen!

Bücherangebot

Bücherangebot
Ueber den Bezirks-Arbeits-Ausschuß Ostachsens ist letztmalig Gelegenheit geboten, sich mit zutun, billigen Broschürenmaterial zu versehen — insbesondere zum propagandistischen Weltvertrieb. Nur deshalb diese billigen Bezugspreise, Bestellungen von mindestens 2,— Mark portofrei. Diese müssen baldmöglichst getätigt werden, da wir diese letzten Bestände für Ostachsens zu verwenden beabsichtigen und sie deshalb bald vergriffen sein dürften. Es handelt sich um Restbestände folgender Titel:

- Grundfragen der Erziehung (von Röhle) . . . 10 Stück 1,— RM. An andere Orte (Häfter für son. Erziehung) Heft 1—5 0,40 RM. Das proletarische Kind (Monatsblätter für proletarische Erziehung) . . . 12 laufende Hefte 0,50 RM. Selbstbewußtsein und Klassenbewußtsein (45 Seiten) . . . 100 Stück 2,— RM. Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution (70 Seiten) . . . 10 Stück 1,— RM. Bestellung und Bezahlung an: Werner Hoffmann, Dresden A 16, DierstraÙe 110 IV.

Öffentliche Klause

- Sammelhefte Nr. 36 (Betriebs Klausur) . . . RM. 4,35
- Sammelhefte Nr. 27 (Dr. Selle & Eisler) . . . RM. 8,10
- Sammelhefte Nr. 47 (Stettiner) . . . RM. 7,50
- Sonstige später eingelaufene Sammelhefte zusammen RM. 18,80
- Sa. RM. 38,83
- Bisher veröffentlicht im „Kommunistischen Arbeiter“ . . . RM. 91,35 plus RM. 38,83
- Gesamtsumme RM. 130,18
- Revolutionäre Unterstützungs-Kommission Berlin

Achtung! Ortsgruppen! Betrifft: Antivahlflugblatt

Der Artikel „Vorwärts zum Massenkampf“ erscheint als Flugblatt und ist zum Preise von RM. 2,— pro Tausend durch die Expedition des „Kampfruf“ zu beziehen. Bestellungen müssen sofort aufgegeben werden!

streikte Firma angegriffen wurde, ist zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

In Berlin streikten eine ganze Reihe kleinerer und größerer Betriebe. Auch die Arbeiter der Berliner Hafen-Anlagen streikten. Anfang des Monats streikten die Möbeltransportarbeiter.

Auch unter den Arbeitern und Angestellten der Berlin Verkehrs-Gesellschaft ärgert es. In der Herrewäschelabrik von Borchert, Pappelallee 78-79, streikten 400 Frauen. Hier soll auf Grund der Notverordnung ein Lohnabbau von 8 Prozent an bei Arbeiten am Fließband von 5 Prozent vorgenommen werden, da der Unternehmer 116 Neueinstellungen vorgenommen hat, erhält er schon ein „Papengeschleim“ von 11600 Mark wöchentlich. Durch den Lohnabbau will er wöchentlich nur 240 Mark „zuverdienen“.

In der Abstimmung wurde die Forderung der Firma gegen 4 Stimmen abgelehnt. Darauf erschien der bekannte „Anschluß am schwarzen Brett“, in dem die Firma einen Lohnabbau von 12,5 Proz. festsetzte. Die Arbeiterinnen traten darauf in passiver Resistenz. Als die Firma kategorisch die Wiederaufnahme verlangte, traten 400 Frauen in den Streik.

Bei allen diesen Vorgängen fehlen auch nicht die sächsischen Textilarbeiter. Während die Arbeiter instinktiv begreifen, daß, wenn sie weiter leben wollen, sie kämpfen müssen, so die Bürokratie dazu über, ihre Gegenmaßnahmen zu ergründen.

Schon in der letzten Woche wurde im Reichsarbeitsministerium darüber verhandelt, den Paragraphen der Arbeitslosenversicherung aufzuheben, der das Arbeitslosengeld mit dem Recht zu schiebt, bei bestreiten Betrieben die Aufnahme der durch die Arbeitsämter zugewiesenen Streikarbeit zu verweigern.

Auch Herr von Papen hat es als ein Verbrechen angesehen, wenn die Arbeiter die Auswirkungen seiner schmutzigen Tarifverträge zum Kampf beantworteten.

Eine wesentliche Rolle hierbei spielt die Phrase der Friedenspflicht der Gewerkschaften. Man erklärt heute die Arbeiter, daß auch die Durchbrechung der sogenannten Tarifverträge, auf Grund von der Regierung erlassener Notverordnungen, mit zu den Verbindlichkeiten des Tarifvertrages gehören. Und daß aus diesem Grunde die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen die Friedenspflicht einzuhalten hätten. Und über diese Kniffe und Pfeife der Kapitalisten in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie in Prof. Sinzheimer feststellen, ob diese Vorgänge noch in dem Rahmen des bürgerlichen Rechts passen.

Mit der Erklärung der Regierung ist den Unternehmen Tor und Tür zum Lohnabbau, auch während der Dauer eines sogenannten Tarifvertrages geöffnet worden. Und die Arbeiter erhalten heute mit aller Deutlichkeit eingepackt, daß es zwecklos war, sich die ganzen Jahre um die Tarifvertragspolitik herumzujagen. Auf der anderen Seite wird den Arbeitern die Tiefe dieser Erklärung die Gegenmaßnahme des Streiks gesetzlich verboten.

Inwieweit die Gewerkschaften die „Friedenspflicht“ erhalten geht aus einem Ausspruch hervor, den der Gewerkschaftssekretär Fabian unseren Genossen vor dem Betriebsrat Pörschel u. Co. in Forst machte: dieser lautete: „Die Gewerkschaften können nichts mehr machen, das müßt ihr selbst machen. Wir können euch nicht helfen, da wir auf Grund der Notverordnungen regierungsabhängig gemacht werden.“

An diesem Beispiel können die Arbeiter die Rolle der gewerkschaftlichen Organisationen deutlich erkennen. Während man auf der einen Seite die kleinen Kleckerkämpfe in den „starken Händen“ nimmt, und sie „führt“, würgt man die ausschlaggebenden Kämpfe in größeren Betrieben ab und läßt die Arbeiter im Stich, verschafft sich hinter „Friedenspflicht“, Tariftreue und Regerepflichtigkeit.

An allen diesen Vorgängen können die Arbeiter die Zwangslage der Gewerkschaftsführer erkennen. Auf der einen Seite erklären sie der „Reaktion“ den Krieg, auf der anderen Seite lassen sie die Arbeiter, die diesen Kampf ernsthaft führen wollen, allein stehen, verweigern ihnen Kampfmaßnahmen und damit auch die moralische Unterstützung.

Nach dem Grundsatze: „Macht einen Kessel heiß, ehe er noch wärmer wird“ zeigen diese Kämpfe den Willen der Arbeiter, die Maßnahmen der Regierung und der Unternehmer zurückzuschlagen zu wollen. Wir können den streikenden Arbeitern die einzelnen Betriebe nur erklären: Solange ihr bei allen Kampfmaßnahmen im Rahmen der tariflichen Rahmen bleibt, solange ihr nicht bereit, daß ihr über den Rahmen der gewerkschaftlichen Kämpfe hinausgeht, so dürft ihr euch nicht als Streikbrecher verurteilen! Das darf aber unter keinen Umständen auf die Dauer geschehen. Es gilt vor allen Dingen, den Gewerkschaften die Fährnis dieser Kämpfe aus den Händen zu nehmen, da sie ja nach ihren eigenen Ansprüchen nicht helfen können! Arbeiter, ihr seid eine ungeheure Kraft! Besinnt euch darauf, vertraut nicht mehr den gewerkschaftlichen Selektionskämpfen. Ein angeheurer Betrag wird an euch verdient, es ist ein Kampf aufzunehmen, einen einheitlichen Gewerkschaftsverband mit ihrer Lohnknechtschaft, mit ihrer Ausbeutung und Ausplünderung der proletarischen Klasse.

Unterm Brennglas

Nazi-Strasser als Tributknecht
Die „Vossische Zeitung“ vom 7. Oktober berichtet über ein Interview des amerikanischen Journalisten Knickerbocker mit dem Naziührer Strasser. Strasser unterstrich schon öfters erwähnten Ausführungen Hitlers über die Anerkennung der Auslandsschulden durch die Nazis. Strasser erklärte wörtlich:

„Wir erkennen die Schulden an. Wir erkennen unsere Verpflichtung an, sie zurückzahlen, obwohl ein großer Teil von ihnen zu dem Zweck eingezogen wurden, um politische Schuld zu zahlen, die wir nicht anerkennen. Nichtsdestoweniger stellen wir fest auf der Plattform eines ehrlichen Geschäftsmannes, der seine Schulden bezahlt. Die schon lange erkannte Rolle der Nazis wird erneut durch einen Ausspruch eines ihrer Prominenten bestätigt. Knickerbocker erklärt mit Recht, daß das Programm der Nazis vollzertzt sei. Das ist wahrscheinlich in den Hauptplänen der Nazis allzu gut bekannt, denn Göring erklärte vor einigen Tagen promüthlich, daß Papen ihnen vor dem Entscheidungskampf noch einmal Gelegenheit zueben, die Spreu von den Weizen zu sondern.“

Uns deutet, den Nazis ist vor ihrer „stürmischen“ Weltentwicklung nach rückwärts bange.

Achtung! Groß-Hamburg Achtung!

Der jetzt in Hamburg auftauchende Kriegsbeschädigte und ehemalige Genosse der KAPD Fritz Rasch ist wegen großen Vertrauensbruch und Mißbrauch revolutionärer Solidarität Mitte Oktober 1922 aus der Berliner Organisation der KAP ausgeschlossen worden. KAU Hamburg.

Herausgeber u. für den Inhalt verantwortlich: F. Parlow, Berlin, Druckerei Arbeiter-Literatur, W. Iszdorff, Berlin, Lange Str.

Aus dem Inhalt:

- Langjähriges KPD-Mitglied ruft zum Wahlboykott!
- Wahlen und Revolution Gibt es eine Antisowjetfront?
- Demokratie oder Diktatur?
- Die Faschisierung der Gewerkschaften
- Die Praxis der „Einheitsfront“

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN ARBEITER-UNION (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Der „KAMPFRUF“ erscheint monatlich und kostet vierteljährlich 1,20 RM, im voraus zahlbar auf Postcheck-Konto Richard Radt, Berlin Nr. 10 417

13. Jahr. Nr. 19 November 1932 Preis 10 Pfg.

Auf zum Wählerstreik! Selbsthandeln tut not!

„Es muß endlich anders werden!“ Das ist heutzutage der Ruf von Millionen, der Schrei einer ganzen Klasse. Der Betriebsarbeiter rechnet am Lohntag so und so: — Es langt nicht hin und her. Der Lohn ist durch die Notverordnungen so radikal gekürzt, daß er nur noch zur Bestreitung des allerdinglichsten Lebensunterhaltes reicht. Notwendige Neuanschaffungen der bescheidensten Art gestattet der Verdienst nicht mehr.

Der Erwerblosse braucht schon gar nicht mehr rechnen. Er ist mit seiner Unterstützung bereits an der Grenze der absoluten Bedürfnislosigkeit angelangt. Er hat schlechteres Essen als die Polizeiwahle, Fleisch ist für ihn ein seltener Genuß. Die Miesschulden steigen von Monat zu Monat, Exmühtierungen sind ein tägliches Straßenbild. Jede Woche wächst die Zahl der Ausgesteuerten und derjenigen, denen durch bürokratische Nachprüfung die Unterstützung nochmals gekürzt wird. Ungenügende Ernährung, keine Kohlen, keine warme Kleidung — der Arbeitslose sieht mit Grauen dem Winter entgegen.

Die proletarische Jugend hat nicht die geringste Möglichkeit, ihr Leben zu gestalten. Sie hat keine Zukunft in der heutigen Gesellschaftsordnung!

Acht Millionen Erwerblosse, immer neue Lohnsenkungen, die Arbeiterjugend geht zugrunde, Absturz des gesamten Proletariats in die Barbarei — das ist die deutsche Republik im Herbst 1932!

„Es muß endlich anders werden!“ Jawohl, so kann es einfach nicht mehr weiter gehen! Aber wie soll es, wie kann es anders werden? Das ist die brennende Frage, die heut für die Arbeiterschaft im Vordergrund steht.

Und da nun wieder mal Wahltermin ist, sind die parlamentarischen Parteien schnell mit der Antwort fertig. Sie rufen jeder für sich im Chor: „Wahltag ist Zähltag. Wählt nur Liste Nr. sondern — und es wird besser werden.“

Nun, das Proletariat hat auf diese Weise schon oft „gezählt“. Es hat tatsächlich im tiefsten Sinne des Wortes — gezählt mit unehrerwürdigen Opfern! Denn trotz aller Wählererei ist es seit Jahren immer schlechter geworden. Besonders in diesem Jahre kam nach jeder Wahl mindestens eine Verordnung, die den breiten Massen neue finanzielle Lasten auferlegte: sei es Lohnsenkung, Unterstützungsabbau, Renten kürzung oder Erhöhung der steuerlichen Abgaben. Die Arbeiterschaft hat 1932 schon viermal gewählt — und hat schließlich doch mit einer wiederholten ungenügenden Verschlechterung ihrer sozialen Lage „bezahlt“ müssen!

Das liegt gewiß nicht an der „Faullheit“ der gewählten Abgeordneten. Anträge zur Verringerung der Massennot wurden ja reichlich gestellt, besonders von KPD und SPD. Schuld war auch nicht, daß die Wähler eine „falsche“ Liste angekreuzt haben. Alle großen parlamentarischen Parteien von Thälmann bis Hitler präsentierten ja zur Wahl soviel „Volksforderungen“, daß eben Millionen auf dem Stimmzettel die „richtige“ Nummer finden mußten. Am 31. Juli ist in den Wahlzellen sicher die riesige Menge Bockmist gemacht worden. — aber die Wurzeln des Übels liegt ganz wo anders.

Es ist trotz aller Wählererei immer schlechter geworden, weil das Parlament kein Mittel ist, um die Verelendung aufzuhalten!

Der 12. September hat dafür in den klassischen Beweis erbracht: An diesem denkwürdigen Tage beschloß bekanntlich der Reichstag auf Antrag der KPD die Aufhebung der Hungerverordnung vom 4. 9. mit 512 zu

42 Stimmen. Was aber taten die Papen-Regierung und Reichspräsident Hindenburg als die höchsten Repräsentanten des „demokratischen Volkswillens“? Sie setzten sich einfach mit einem eleganten Herrenreitsprung über diesen Parlamentsbeschlüß hinweg und die Notverordnung wurde brutal durchgeführt! Das „Volk“ hat am 31. Juli gewählt und durch den Reichstag seinen Willen kundgegeben — die Regierung aber führte den Willen der Kapitalistenklasse durch!

So wird es auch nach dem 6. November sein. Die Arbeiterschaft wählt — und die Bourgeoisie handelt, wie es ihre kapitalistischen Interessen verlangen! An dieser völligen Ohnmacht des Parlaments ändert absolut nichts der jetzige Kampf um einen neuen Reichstag. Dieser kann schließlich durch besseren Kuhhandel die Entlassung Papens bei Hindenburg erzwingen. Damit fällt aber noch lange nicht das System der kapitalistischen Hungerdiktatur. Um diese Frage jedoch geht es heute für das Proletariat, und nicht um einen „Regierungswechsel“.

Wahlen und Revolution

„Vierzehn Jahre nach ihrem militärischen Zusammenbruch stellt die Bourgeoisie auf dem Trümmerfeld einer beispiellosen wirtschaftlichen Katastrophe. Die Weltkrise, deren entscheidende Ursache das Profitssystem selbst ist, hat alle Ergebnisse des kapitalistischen Wiederaufbaus vernichtet. Die gesamte ökonomische Basis der bürgerlichen Ordnung ist heute ein wüstes Chaos. Industrie und Landwirtschaft, Handel und Bankwesen des Kapitalismus können ihre Funktion als Elemente des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft nicht mehr erfüllen. Große Teile des Produktionsapparates verrotten buchstäblich, während ca. acht Millionen Arbeitskräfte brach liegen. Die „Wirtschaftsankurbelung“ hat sich schon jetzt als Fehlschlag erwiesen, denn die hunderttausend Autarkie-Experimente verringern die industriellen Exportmöglichkeiten um ein weiteres.

Die Widersprüche zwischen kapitalistischer Produktion und Konsumtion haben eine unüberbrückbare Kluft geschaffen. Die Folge dieses bürgerlichen Wirtschaftsbankrotts ist eine unerhörte Steigerung des sozialen Elends. Seit Jahr und Tag werden die besitzlosen Massen die Kosten der Krise aufgebürdet in Gestalt von Lohnraub, Unterstützungsabbau, Negerstener usw. Jetzt versucht die Kapitalistenklasse, ihren Staat finanziell weiter zu entlasten durch den Papen-Plan. Aber die Wirtschaftspolitik der Regierung beschleunigt nur den Gang der Verelendung des Proletariats in demselben Maße, wie sie den Junkern und Industriearistokraten neue Extraprofite bringt.

Heute ist offenkundig, daß sich die Arbeiterklasse im Stadium der absoluten Verelendung befindet. Die 1924 erfolgte „Stabilisierung“ des Kapitalismus ist in ihr Gegenteil umgeschlagen und hat alle reformistischen Prophezeiungen über den Haufen geworfen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften stehen heute vor dem Scheitern ihrer Realpolitik. Ihre These „bürgerliche Demokratie plus kapitalistische Wiederaufbau gleich Aufstieg zum Sozialismus“ ist von der eisernen Fesse des Kapitalismus erbarmslos zerrampelt worden. Es ist aus mit der „Erhebung der Macht auf parlamentarischem Wege“ — die Kapitalisation der Severing-Braun-Grzesinski am 20. Juli hat diesen Wählervertrauens-Traum gründlich zerstört! Es ist vorbei mit der „Überwindung des Kapitalismus durch soziale Reformen“ — die Hundertdiktatur der Hindenburg-Papen hat diese kleinbürgerliche Idee ebenso brutal zerschmettert!

Die Arbeiterklasse kann sich aus der Barbarei nur retten durch den direkten Sturz der Bourgeoisie! Und dieses Ziel wird nicht erreicht durch Parlamentsbeschlüß, sondern nur durch revolutionären Machtkampf!

Es ist deshalb Jacke wie Hose, ob am 6. November der Stimmzettel in die Wahlurne oder ins Kiosket geworfen wird. Solange die Arbeiterschaft wählt, anstatt zu handeln, wird es bestimmt nicht anders, sondern die Verelendung geht weiter.

Die vier Wahlen dieses Jahres sagen jedem denkenden Arbeiter: Stimmzettel sind keine Waffen gegen die wirtschaftlichen und politischen Mächttitel des Monopolkapitalismus!

Nur ein Proletariat, das im revolutionären Generalsturm die Bourgeoisie niederwirft und die Betriebe erobert, kann der kapitalistischen Hölle entrinnen und zum Sozialismus kommen!

Das Schicksal der gesamten Arbeiterschaft hängt heute ab von ihrer selbständigen Klassenaktion gegen den Kapitalismus. Die Parole kann deshalb nur lauten:

Wählerstreik am 6. November! Proletariat, rüestet zur Selbstaktion!

30 Millionen Hungernde in Deutschland — das ist der Beweis, daß die im „Kommunistischen Manifest“ als Endresultat der kapitalistischen Entwicklung vorausgesagte Barbarei bereits begonnen hat! 30 Millionen Hungernde — das ist aber auch der unwiderlegbare Beweis, daß sich die Arbeiterschaft nur durch die kommunistische Revolution vor dem Untergang retten kann!

Mit gewaltigen Schlägen schmiedet heut die Geschichte die Tatsache, daß die soziale Frage des Proletariats nur noch mit dem Schwert der sozialen Revolution gelöst werden kann. Die Krise ist nicht mit kapitalistischen Mitteln zu überwinden, weil sie eine Krise des wirtschaftlichen Systems der Bourgeoisie ist. Deshalb müssen aber auch alle reformistischen Vorschläge versagen, weil sie im Grunde nur die privatwirtschaftlichen Grundsätze durch das staatskapitalistische Prinzip ersetzen wollen. Eine krisenfreie Wirtschaft jedoch ist erst möglich auf dem Fundament einer kommunistischen Produktion und Verteilung. Die elementare Voraussetzung dafür ist die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse! Erst wenn den Kapitalisten die Fabriken, Banken, Bodenschätze, also die gesamten Produktionsanlagen entrissen sind, kann das Elend der Millionen-erwerblosigkeit beseitigt werden. Und wenn da über hinaus auch die im Staatsapparat konzentrierte politische Macht der Bourgeoisie zerschlagen wird, dann kann das Proletariat die Epoche seiner Unterdrückung und Ausbeutung beenden.

Daß die Befreiung der Arbeiterschaft von kapitalistischen Joch nur auf revolutionärem Wege möglich ist, bedarf heute im Stadium der Faschisierung, keiner langen Beweisführung mehr. Die Bourgeoisie wird wie vor ihr in der Geschichte jede herrschende Klasse, niemals freiwillig auf ihre wirtschaftlichen Machtpositionen verzichten. Sie wird — so katastrophal auch ihr ökonomischer Bankrott sein mag — niemals freiwillig von der politischen Herrschaft abtreten. Und sie wird trotz formaler Demokratie jedes Parlament, das sozialistische Maßnahmen beschließt, zum Teufel jagen, denn Verfassungsfragen sind Machtfragen. Nur die soziale Revolution, d. h. der gewaltsame Umsturz aller bestehenden Verhältnisse kann der Arbeiterklasse die wirtschaftliche und politische Macht bringen. Nicht der bürgerliche Parlamentarismus, sondern der revolutionäre Massenkampf ist deshalb der Weg, der zum Kapitalismus führt!